

# Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Gesamtnummer 25 241  
Für den Nachdruck: 20011

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

Bei ständiger Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,—  
Stanznummer M. 10,—, Sonntagsausgabe M. 12,—  
Die Spalte 3 mm breite Seite M. 2,—, außerhalb Sachens M. 3,—, Familien-  
anzeigen und Stellenangebote unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 15,—,  
Danzigsätze laut Tarif. Unwiderrufliche Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Druckerei:  
Marianstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von "Hefsch & Reichardt" in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unersuchtigte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

**Dauerbrandöfen**  
Koch- u. Back-  
Transportable Herde — Promethous-Gaskocher  
**Florian Czockerts Nachfolger**  
Töpferstraße 9, 13, 15 Fernsprecher 25401

14 Ring-  
straße  
**Königsdielen**  
Vornehmes Restaurant

**Schokolade**  
**Deutschmeister**  
wirdlich  
hervorragende Qualität  
**Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden**

**Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Koettig, Dresden=A. Prager Straße 23**

## Goldschahenweisungen des Reiches.

### Das wertbeständige Anlagepapier.

Berlin, 17. Okt. Das Reichskabinett hat sich mit der Frage der Goldschahenweisungen beschäftigt und beschlossen, daß sie nach Anhörung der Sachverständigen in den nächsten Tagen ausgearbeitet werden sollen. Es handelt sich dabei um die Ausgabe von Goldschahenweisungen, zu deren Deckung hauptsächlich die Goldreserve der Reichsbank herangezogen werden wird. Bei den Vorbereitungen, die über die Verwirklichung des Vorschlags im Reichswirtschaftsrat verhandelt wurden, stellten sich zu Beginn mehrere Widerstände ein. Die neuen Goldschahenweisungen sollen dazu dienen, das Kapital in deutschen Wertpapieren zu halten. In der Begründung des Vorschlags, der dem Kabinett vorliegt, wird ausgeführt, daß bei der fortschreitenden Geldentwertung der Papiermarkt jeder Sparziele totgefahre werden. Infolge der heutigen Geldentwertung erhalte der Sparler ein bedeutend geringeres letzter eingezahlten Summe, und diese Erwägungen hätten zweifellos dazu geführt, daß die Sparer heute ihre Gelder nicht mehr anlegten. Die Kaufkraft des Reichs und die Erhaltung der Währungsparität seien nur mit Papiergeld in Höhe der Geldparität zu erhalten. Der Zinssatz solle auch falls in Goldparität gestellt werden. Ein Ausfall der Goldschahenweisungen als Goldwährung komme nicht in Frage.

### Markstärkung mit Hilfe des Reichsbankgoldes?

Eine sozialistische Forderung.  
Berlin, 17. Okt. Die Berliner Funktionäre der Sozialdemokratie nahmen gestern in einer Versammlung nach einem Vortrage Hülferdings über die Reparations- und

Währungsfrage einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Durch eine Stützungsaktion für die Mark muß mit Hilfe des Reichsbankgoldes der Reichsbank und durch Auflegung einer in ihrem Werte beständigen Geldanlage die weitere Flucht vor der Mark verhindert werden. Die Veranlassung erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie alles tue, um diese Forderung durchzuführen, da sie sonst die Verantwortung für die drohenden Gefahren des Winters nicht mehr übernehmen kann.

### Die neue Beamtengehaltsvorlage.

Die dem Reichstage zugehen wird, sieht als Grundgehalt unter Beibehaltung der alten Gruppen die Gesamtheit der jetzigen Bezüge vor. Die Druckschlüsse sind neu gefaßt, desgleichen die Mindestzulagen (2000, 2500, 3000) M. monatlich. Als Teuerungszuschlag sollen zunächst 3 Prozent des neuen Grundgehaltes gewährt werden; Verheiratete erhalten als Frauenaufschlag ebenfalls 3 Prozent des Grundgehaltes.

### Eine Europakonferenz amerikanischer Diplomaten in Berlin.

Berlin, 17. Okt. Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, wird in den nächsten Tagen in Berlin eine Konferenz amerikanischer diplomatischer Vertreter aus Mittel- und Westeuropa stattfinden. Die Initiative zur Einberufung dieser Konferenz geht von dem amerikanischen Botschafter in Berlin Houghton aus. Auch der Chef des Washingtoner Staatsdepartements für die westeuropäischen Angelegenheiten Caffery wird dieser Konferenz beiwohnen. Diese amerikanische Konferenz in Berlin soll den Zweck verfolgen, eine gegenseitige Verständigung in Bezug auf die europäischen Angelegenheiten herbeizuführen, und man hofft, durch diese Aussprache ein engeres Zusammenarbeiten als Ergebnis zu zeitigen. Die Konferenz dürfte ihre Ansichten in einer gemeinsamen Eingabe an das amerikanische Staatsdepartement zusammenfassen.

## Das Rheinland als Pfand für ein Moratorium!

### Die Absichten der französischen Großfinanz.

Paris, 17. Okt. Während die gesamte französische Presse gegen die Vorschläge Brabburys in der Reparationsfrage Sturm läßt, heißt es in einem Artikel des Organs der Großfinanzkreise, der „Information“: Ob man wolle oder nicht, man müsse Deutschland ein volles Moratorium für eine längere Periode gewähren. Die Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten könnten sich nur um die Bedingungen des Moratoriums drehen. Das von Brabbury vorgeschlagene Entzern könne angenommen werden. Schließlich laufe es nur darauf hinaus, was Frankreich seit vier Jahren tue: Es nehme Anleihen auf, um den Wiederaufbau zu ermöglichen. Das Land habe diese Anleihen geschuldet, weil Frankreich eine Hypothek auf die deutschen Reichseinkünfte besitzt. Die weiteren französischen Anleihen müßte die Hypothek für die französischen Pfänder in Deutschland verstärkt werden, vor allem müßte die Restschuld der Rheinlande auf die ganze Dauer des Moratoriums ausgedehnt werden. Wenn es Deutschland nicht gelingen sollte, seine öffentlichen Finanzen zu reorganisieren, seine Noten-Inflation einzustellen und die Mark in einem bestimmten Zeitraum zu stabilisieren, müsse Frankreich erzwungen werden, die Rheinlande dauernd zu behalten. Im Falle eines deutschen Bankrotts müsse eine finanzielle Reorganisation des linken Rheinlands Platz greifen. Die Rheinländer müßten ein neues Budget erhalten. An die Stelle der entwerteten Mark müsse eine gesunde Währung treten und eine Zolllinie am Rhein errichtet werden. Alle diese Maßnahmen dürften nicht als feindlicher Akt angesehen werden, im Gegenteil, eine der wichtigsten Bedingungen des langfristigen Moratoriums müßte der Abschluß einer Reihe französisch-deutscher Wirtschaftsverträge sein.

### Die Regierungen sollen über das Moratorium entscheiden.

Paris, 17. Okt. Der „Devoir“ schreibt: Man habe angekündigt, Parthen werde dem Plane Brabburys einen französischen Reparationsgegenvorschlag entgegenstellen. Die französische Regierung habe jedoch auf dieses Verlangen verzichtet. Poincaré verzichte nicht auf die Brüsseler Konferenz, der in London das Studium der Reparationsfrage übertragen wurde. Er habe keineswegs die Absicht, den Obersten Rat durch die Reparationskommission ersetzen zu lassen. Parthou werde sich damit begnügen, der Reparationskommission vorzuschlagen, sie möge sich darauf beschränken, ein Kontrollsystem über das deutsche Budget, das Sir John Brabbury vorgeschlagen habe, zu studieren, jedoch den Revisionsausschuss die Sorge zu überlassen, sich über das Moratorium auszusprechen, das Deutschland nicht einmal verlangt habe. (?) (W. Z. B.)

### Lubersac in Berlin.

Berlin, 17. Okt. Der französische Senator Marquis de Lubersac, der mit Stinnes den bekannten Vertrag abgeschlossen hat, ist in Berlin eingetroffen, um mit Stinnes ergänzende Verhandlungen zu führen.

### Ein schwedisches Urteil zur Rede Liond Georges.

Stockholm, 18. Oktober. „Stockholm Dagbladet“ führt aus: Die Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George hat, soweit sie sich auf die Politik des englischen Außenministers Owen im Sommer 1914 bezieht, ein historisches Bedenken, weil darin ein deutliches Einverständnis der englischen Politik am Krieg liegt. Die Zeitung schreibt, es sei die Politik der Geduldspolitik gewesen, die 1914 Deutschland in Unkenntnis der Haltung Englands betrieben habe, und deshalb sei der Krieg in vollen Flammen ausgebrochen. Es habe erst eine in der politischen Exploitation in England bedürftig, damit dieses Einverständnis einmal gemacht wurde. Aber nun sei es getan, und die Menschheit, die im Verlaufe der letzten drei Jahrzehnte der langen Leidenszeit erkannt habe, habe einen Grund mehr, die Revision des schändlichen Machvertrages zu verlangen, das Deutschland allein die Schuld auferlegt, nachdem jetzt die Entente selber durch einen ihrer Vertreter einen sehr hohen Teil der Verantwortung am Krieg auf sich genommen habe. (W. Z. B.)

London, 17. Okt. Die Independent Labour Party hat ein Manifest veröffentlicht, in dem sie sagt, daß sie die Rede Liond Georges in Manchester als kindischen Versuch betrachtet, die verdorbene Politik der Koalition zu rechtfertigen. Die Arbeiterpartei spricht sich für die sofortige Neuwahl zum Parlament aus.

### Die Kräfte der englischen Regierungsparteien.

London, 17. Okt. „Daily News“ zufolge geht das Gerücht aus, daß die Einheit der unionistischen Partei in ihrer bedroht sei. Von machgebender Seite wurde mitgeteilt, daß Chamberlain am nächsten Donnerstag dastreten werde, daß die Regierung vor das Land als Koalition treten solle. Es sei äußerst zweifelhaft, daß auch nur die geringste Einigkeit darüber erzielt werde. Inzwischen werde es für möglich gehalten, daß Chamberlain die Führung der Partei niederlege. Sollte sich diese Voraussetzung bestätigen, so bestände die Möglichkeit der sofortigen Bildung einer Zentrumspartei mit Liond George, Chamberlain, Churchill und Sir Robert James als Führern.

**Dollar (Amtlich): 2850**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 2880

## Bürgerliche Wähler Sachsens! Spannt die Nerven zum Wahlkampf!

Die Zeit verfliehet und näher rückt der Wahltermin. Da gilt es, die Nerven anzuspinnen, um sich zur letzten entscheidenden Kraftprobe richtig vorzubereiten. Genau muß jeder bürgerliche Wähler wissen, um was es sich handelt, um welche Ziele es geht, welche fundamentale Bedeutung diese Wahl hat, nicht bloß für Sachsen, sondern auch für das Reich. Vor allem können die bürgerlichen Wähler mit dem Bewußtsein kämpfen, daß nicht parteipolitische Führer leichtfertig die Wahlbewegung entfesselt hat zu einer Zeit, die aus inneren und äußeren Gründen Ruhe und Geschlossenheit fordert. Die Entscheidung war vielmehr unausweichlich geworden; sie mußte kommen mit der elementaren Notwendigkeit eines Naturgesetzes, weil die ganze politische Lage auf der bisherigen parlamentarischen Grundlage unhaltbar geworden war, und weil das sozialistische Regime eine Herausforderung des bürgerlichen Empfindens auf die andere Wertschätzung, anstatt den Weg des Ausgleichs und der Versöhnlichkeit zu gehen. Von gegnerischer Seite wurde der bürgerlichen Opposition zur Verschleierung des eigenen Verschuldens vorgeworfen, sie triebe eine Nadelstichpolitik, sie labotiere das sozialistische Gesetzgebungswerk und wirke in ihrem eigenen Aufstreben gegenüber der neuen Ordnung der Dinge aufreißend. Genau das Gegenteil ist richtig. Als die rein sozialistische Regierung im Dezember 1920 gebildet war, feierten die Vertreter der Deutschen Volkspartei Dr. Niehammer das Programm der neuen Männer im Landtage folgendermaßen: „Kampf ist die Stimmung, die uns hier empfangen hat, eine Herausforderung ungleich von Seiten der so genannten Linken, die zunächst einmal die betrübliche Folge hat, daß wir wieder untercheiden müssen zwischen bürgerlich und sozialistisch. Ein Kampf ist uns angelegt, der unserer Meinung nach weder notwendig noch klug war, der herausgewachsen ist aus Ansichten, die vielleicht parteipolitisch nahe liegen, die aber in Rücksicht auf unser Volk keineswegs gerechtfertigt sind.“ Und von unabhängiger Seite wurde prompt bestätigt, daß die Auffassung Dr. Niehammers den Real auf den Kopf treffe. „Dr. Niehammer hat ganz recht“, erklärte der Unabhängige Müller-Edelich, „daß dieses Regierungsprogramm eine Kampfsache gegen das Bürgerum ist.“ Die bürgerlichen Parteien haben sich also von vorn herein in eine Abwehrstellung gedrängt. Nicht sie waren die Angreifer, sondern die neue sozialistische Mehrheit, die ganz von der Gnade der Kommunisten abhängig war und auch mit deren Hilfe nur über zwei Stimmen mehr verfügte, als die Bürgerlichen. Die unter solchen Umständen unvermeidliche bürgerliche Oppositionspolitik verließ nun aber keineswegs in den Händen eines von blinder Leidenschaft beherrschten planlosen Anrennens gegen das sozialistische Regiment, sondern sie hielt sich, wie jeder Unparteiische zugeben muß, in sehr wohlüberwogenen, von der Rücksicht auf das allgemeine Interesse geprägten Grenzen und war von durchaus sachlichem Geiste beherrscht. Je mehr sich im Laufe der Zeit die Kräfte der sozialistischen Gesetzesmacherei offenbarten, insbesondere auf dem Gebiete der Schulpolitik durch beharrliche Förderung aller gegen den realistischen durchdrungenen Charakter des Unterrichts gerichteten Bestrebungen, durch eine ungerechte Steuerpolitik — man denke an die Bewahrung der Ionen gegen den freien Handel nicht konkurrenzfähigen Konsumereine vor der Gewerbesteuer! — durch Erregung einer tiefgehenden Unzufriedenheit und Erbitterung in der Beamtenschaft infolge Zurücklegung hervorragend tüchtiger und bewährter Kräfte und Bevorzugung von sachlich unangelegenen, nur durch parteipolitische Gesinnungsstüchtheit empfohlenen Elementen, desto enger schloß sich die bürgerliche Opposition, die anfänglich nur lose zusammenhing, zu einem festen einheitlichen Gewebe zusammen und formte sich zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen andauernd erlittenes Unrecht.

Das Unrecht, das in der Handhabung der öffentlichen Gewalt durch eine sozialistische Regierung in die Erscheinung trat, beruhte auf drei scharfen Widerprüchen gegen das demokratisch-parlamentarische Prinzip: 1. Die neue Regierung war nicht, wie es sich ordnungsmäßig gehört hätte, die Vertreterin des gesamten sächsischen Volkes, sondern sie bezeichnete sich offen als Trägerin des Klassenkampfes, und so ergab sich der proteste Zustand, daß eine Partei, zu der sich bei den letzten Wahlen nur ein knappes Siebentel der Wählerkraft bekannt hatte, dem ganzen sächsischen Volke ihren Willen aufzwingen konnte. 2. Das neue Regime hatte keine demokratisch-parlamentarische Grundlage. Da nach dem Wahlergebnis 1920 die vereinigten Sozialisten und Kommunisten acht Sitze an die Bürgerlichen abgegeben hatten und von 57 auf 49 Mandate zusammengekommen waren, so hätte daraus normalerweise der Schluss gezogen werden müssen, daß eine Verbreiterung der Regierungsgrundlage nach rechts erforderlich gewesen wäre. Die